

# Hinter dem Notwendigen

## Zwischen Aufbruch und Ausbremsung

■ **Lippstadt (hz).** Schlaglöcher, schmale Spuren, fehlende Verbindungen. „Die Radwege in Lippstadt sind für viele eher ein Hindernisparcours als eine Einladung zum Umsteigen“, meint Karl-Heinz Tiemann vom „FahrradNetzWerk“, einem Zweig des Lippstädter Klimanetzwerks, zu den Pfaden für die Radlerinnen und Radler an der Lippe. Ein im Stadthaus vorliegender Antrag zur Verbesserung der Radinfrastruktur, der sowohl vom ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) als auch vom „FahrradNetzWerk“ unterstützt wird, hat nun Bewegung in die politische Diskussion gebracht.

Und wie so oft: Der Teufel steckt im Detail – und im Willen zur Umsetzung. Breite Zustimmung kommt aus dem deutlich offensiveren Lager für eine Umgestaltung der innerstädtischen Radwege. Die SPD und der von ihr begleitete parteilose Kandidat für das Bürgermeisteramt, Alexander Tschense, sowie das Bündnis 90/Die Grünen, die Bürgergemeinschaft und die Linkspartei unterstützen das Vorhaben. Einigkeit besteht darüber, dass Lippstadt in Sachen Fahrradfreundlichkeit weit hinter dem Notwendigen zurückbleibt. Michael Bruns von der Linken nennt den Rückbau des Radwegs an der Cappelstraße/Marktstraße einen „Schandfleck“ und mahnt an, dass es mehr als pauschale Maßnahmenpakete brauche. „Jeder Fall muss auf den Prüfstand“, lautet der Appell des Aspiranten für das Bürgermeisteramt für ein politisches Dranbleiben statt Schönwetter-Beschlüsse. Die Mitbewerberin von den Grünen, Elisabeth Körner, bringt es pointiert auf den Punkt: Der Antrag sei „vielleicht nicht in jedem Punkt umsetzbar, aber notwendig“, um das „schneckentempohafte Vorschreiten“ endlich zu beenden. Ihre Kritik zielt nicht nur auf den Zustand der Radwege – sondern offensichtlich auch auf die nicht

immer vernehmbare Lebhaftigkeit für das Ansinnen der Radlerinnen und Radler in der Verwaltung. Ebenso spart Alexander Tschense nicht mit nachdrücklichen Worten. Der Antrag greife zentrale Schwachstellen auf, „die seit Jahren bekannt sind“, dennoch kaum behoben wurden. Dass es diese Eingabe überhaupt brauche, sei Ausdruck politischen Stillstands seit dem Radverkehrskonzept von 2019. Tschense plä-

der FDP aus. Jürg Haseloff lobt die Zielrichtung, mahnt aber an, dass alle Maßnahmen in ein ganzheitliches Verkehrskonzept eingebettet sein müssen. Isolierte Schnellschüsse, so seine Befürchtung, könnten zu neuen Reibungspunkten im ohnehin angespannten Verkehrsraum führen. Wichtig sei, so der Freidemokrat weiter, dass jede Maßnahme auf ihre „Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und den Nutzen für alle“ über-

Heinz Tiemann zum Komplex „Radwege für Lippstadt – zwischen Aufbruch, Ausbremsen und Alltagskrater“ ist mit folgenden Auslassungen zusammenzufassen: „Die Radwege in Lippstadt sind längst mehr als ein Mobilitätsthema – sie sind zum Prüfstein für die Ernsthaftigkeit der Verkehrswende geworden.“ Während SPD, Grüne, BG und Linke konkrete Schritte einfordern und den Antrag als nötigen Impuls ver-



**Gefahrenpunkt an der Kreuzung von Bastionstraße und Beckumer Straße: Für die Radlerinnen und Radler bleiben nur zu schmale Spuren. Foto: Karl-Heinz Tiemann**

diert für Bürgerbeteiligung durch digitale Meldeplattformen und fordert mehr Transparenz bei Problembeseitigung und Fortschritt.

### *Vorgehen im Schneckentempo*

Die SPD formuliert ihre Zustimmung etwas formeller, aber ebenso deutlich: Der Antrag sei ein „konkreter Schritt“, die Priorisierung der Maßnahmen und die Einbindung von Gruppen wie dem ADFC und „FahrradNetzWerk“ ein wichtiger Beitrag zu einer sicheren und nachhaltigen Mobilität. Und die BG-Fraktion? Die war Mitinitiator – und sieht die Initiative folgerichtig als positiven Impuls.

Differenzierter fällt das Votum

prüft werde – Ideologie dürfe kein Ersatz für Analyse sein. Die Liberalen setzen auf „kluge Infrastrukturmaßnahmen“, fordern aber Planbarkeit, Transparenz und eine offene Debatte – kurz: Das Wie ist für sie entscheidender als das Ob.

Weniger begeistert blickt Bürgermeister Arne Moritz auf den Antrag. Für den CDU-Mann ist das Projekt Ausdruck gut gemeinter, aber schlecht gemachter Politik. Er verweist darauf, dass einzelne Antragsteller im zuständigen Ausschuss bereits „zurückgerudert“ seien – ein Zeichen, dass der Antrag in seiner ursprünglichen Form wohl nicht umsetzbar sei. Details oder Alternativvorschläge? Fehlanzeige. Statt Rückenwind für den Radverkehr gibt's hier vor allem Rückhaltung. Das Fazit von Karl-

stehen, fordert die FDP mehr Planungstiefe und die CDU winkt eher ab.

Einigkeit herrscht in einem

### *Richtiger Impuls*

Punkt: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Doch wie es wird, entscheidet nicht allein die Politik – sondern auch der Mut, Prioritäten endlich sichtbar zu verschieben. Denn eines ist sicher: Wer sichere Radwege will, darf Schlaglöcher nicht nur verwalten – er muss sie schließen. Politisch wie real. Die Serie wird am kommenden Sonntag mit dem Komplex „Fahrrad-Schnellverbindungen in die Ortschaften“ fortgesetzt.